

## Stellungnahme

### Partnerschaft durch Transparenz und Rechtssicherheit

Verhandlungen zu TTIP aussetzen, CETA nicht ratifizieren!

Der letzte Amtsbesuch von Präsident Obama im April 2016 war bestimmt durch den Versuch, die festgefahrenen Verhandlungen zu TTIP, dem "Transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen - TTIP" zwischen der EU und den USA wieder in Schwung zu bringen.

Bereits existierende Handelsabkommen zeigen,

- dass durch Handelsbestimmungen bestehende Gesetze umgangen bzw. außer Kraft gesetzt werden,
- dass durch nicht-öffentliche Schiedsgerichte Arbeits- und Umweltstandards entschieden und
- damit der Wille und das Wohl der Bevölkerung den Profitinteressen untergeordnet wird.

Leidtragende sind schon jetzt Staaten, die in entsprechende Abkommen „gezwungen“ wurden und nun enormen Schadenersatzforderungen potenter Firmen ausgesetzt sind. Auch der Umgang mit der Durchsetzung von TTIP entspricht nicht den Gepflogenheiten einer demokratischen Zivilgesellschaft, in der das Parlament als Souverän des Staates über die Gesetzgebung wacht. Ein großer Teil der Parlamentarier weiß bislang nicht, was genau in den Verträgen verhandelt wird, soll aber demnächst grünes Licht geben für fragwürdige Bestimmungen, die die deutschen Bürger auf Jahre festlegen und das allein auf der Grundlage unbewiesener Handelsvorteile, die dem Einzelnen wenig bis keinen Mehrwert bringen.

Die Mitglieder des Landeskatholikenausschusses fordern:

- Die Ratifizierung von CETA auszusetzen bis geklärt ist, wie und in welcher Form das Europaparlament und das deutsche Parlament in Entscheidungsprozesse eingebunden werden,
- Schiedsgerichte nur öffentlich und im Rahmen existierender Rechtsprechung zuzulassen
- Die Vertragstexte von TTIP öffentlich zu machen und die Verhandlungen nur weiterzuführen, wenn Parität zwischen den Verhandelnden hergestellt ist.

Hannover, 22.08.2016